Der Gedanke der Autarkie

als Leitsatz der auswärtigen Handelspolitik und seine Begründung.

Ein Beitrag zur Geschichte einer wirtschaftspolitischen Idee.

.....

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg
vorgelegt von

Otto Haussleiter
aus Barmen.

.....

Referent: Professor Dr. Dr. Aubin.

AUSZUG.

1922

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

Ein wirtschaftspolitischer Grundsatz nennt den nächsten Zweck, zu dessen Verwirklichung bestimmte wirtschaftspolitische Massnahmen dienen sollen, er gibt also den Sinn dieser Massnahmen an. Bei der Untersuchung des handelspolitischen Grundsatzes der Autarkie wird daher weniger Gewicht gelegt auf die Erörterung der Mittel, als deren Sinn die Herbeiführung eines irgendwie gearteten Zustandes der Selbstversorgung angegeben wird, als vielmehr auf die Begründung, warum eine Politik der Selbstgenügsamkeit überhaupt wünschenswert oder notwendig sei. Da nicht selten ein und derselbe naheliegende Zweck von verschiedenen Seiten aus verschiedenen Gründen erstrebt und mit verschiedenen Argumenten gestützt wird, so besteht die erste Aufgabe der wissenschaftlichen Untersuchung eines wirtschaftspolitischen Grundsatzes in der Darlegung der allgemeinen wirtschaftlichen, politischen, oder moralischen Prinzipien, von denen aus die Verfechter der einzelnen Forderung dazu gelangen, diese ihre Forderung als im Einklang stehend mit den als allgemeingültig angenommenen Idealen zu begründen. Soweit jedoch wirtschaftspolitische Grundsätze von Interessenten-Gruppen als Mittel im Kampf um die Gewinnung der öffentlichen Meinung benutzt wurden, tritt dazu eine zweite Aufgabe, nämlich die Untersuchung der wirtschaftlichen und politischen Kräftegruppierung, die den Anlass für die Propagierung jener bestimmten wirtschaftspolitischen Idee bildete. Natürlich steht im Gang der Untersuchung bei reinen Theoretikern die prinzipienmässige, bei Autoren des wirtschaftspolitischen

Meinungskampfes dagegen mehr die soziologische Analysierung des wirtschaftspolitischen Grundsatzes im Vordergrund. Immerhin ist in beiden Fällen die Verkettung mit der Zeit- und Geistesgeschichte so stark, dass sich für die Erörterung der verschiedenen literarischen Vertreter des Autarkie-Gedankens die historische Anordnung empfahl.

Im Gang der Untersuchung kommen nach einander folgende Versionen des Autarkie-Gedankens zur Darstellung: Zunächst wird die Selbstversorgungs-Maxime als ethisch begründete Zielsetzung der Wirtschaftspolitik in der Sozialphilosophie Platons und Aristoteles' und der mittelalterlich-kanonistischen Wirtschaftslehre untersucht; es folgt die Erörterung dieses Prinzips als Grundsatz der Versorgungspolitik der mittelalterlichen Städte und der frühkapitalistischen Staaten; daran schliessen sich Ausführungen über den Autarkie-Gedanken in der merkantilistischen Wirtschaftspolitik. Während bis dahin das Selbstversorgungs-Prinzip als politische Maxime in der Literatur seine Vertreter gefunden hatte, spielte in den Theorien des wirtschaftlichen Liberalismus der Autarkie-Gedanke zur Kennzeichnung des Zustands oder einer Entwicklungsphase des naturgesetzlich bestimmten Seins oder Werdens der Volkswirtschaft bei einigen Autoren eine gewisse Rolle. Der nächste Abschnitt zeigt an dem praktischen Beispiel bestimmter handelspolitischer Probleme Englands in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, inwiefern auch nach dem Siege der klassischen Lehre der Autarkie-Gedanke im Meinungskampf um die Gestaltung der Handelspolitik eine Rolle spielen konnte. Sodann wird dargestellt, welchen Platz der Selbstversorgungs-Gedanke in den Wirtschaftslehren zweier grundsätzlicher Gegner des individualistischen Systems der freien Erwerbswirtschaft eingenommen hat, nämlich in Fichtes ethisch-sozialistischem System der vernunftgemässen Wirtschaftsordnung und in Adam Müllers Theorie des wirtschaftlichen Romantizismus. Der nationale Gedanke bei dem zuletzt genannten Autor bildet die Verbindung zum nächsten Abschnitt, der sich mit dem Selbstversorgungs-Argument bei den Vertretern der gewerblichen Erziehungsschutzzoll-Politik in Deutschland, Frankreich und Nordamerika während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts beschäftigt. Darauf wird der Autarkie-Gedanke in Careys Schutzzolltheorie und im System der Solidarschutzzollpolitik dargestellt, während sich die nächsten Abschnitte mit den aus der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung sich ergebenden Problemen der auswärtigen Handelspolitik beschäftigen: mit dem Gedanken der Ernährungs-Autarkie des überwiegenden Industriestaates und mit dem Selbstversorgungs-Gedanken im wirtschaftlichen Weltreich. Darauf wird die Stellungnahme der grundsätzlichen Gegner der kapitalistischen Verkehrswirtschaft in den Lagern des Sozialismus und des mittelständlerischen Wirtschafts-Romantizismus zum Autarkie-Problem des modernen Industriestaates erörtert. Gedankengänge der „nationalen" Wirtschaftspolitiker und sozialistischer Autoren laufen zusammen im letzten Abschnitt, welcher der Darstellung des Autarkie-Gedankens und seiner Bedeutung in der deutschen Wirtschaftspolitik während des Weltkrieges gewidmet ist.

Die Ergebnisse der historisch geordneten Einzeluntersuchungen lassen sich in systematischer Weise wie folgt zusammenfassen:

Zunächst sind diejenigen Verfechter einer irgendwie gearteten handelspolitischen Selbstgenügsamkeit, die auf dem Boden der kapitalistischen Verkehrswirtschaft stehen, zu einer Gruppe zu vereinigen. Auch wenn man von dem auf naturgegebenen Bedingungen beruhenden internationalen Handel absieht, dessen Beseitigung kaum einer der für den Autarkie-Gedanken eintretenden Wirtschaftspolitiker empfiehlt, so ist zu bemerken, dass fast alle auf dem Boden des Kapitalismus stehenden Freunde des Selbstversorgungs-Gedankens darüber hinaus weitere Vorbehalte bei der Vertretung dieses Grundsatzes machen.

Der Wirtschaftspolitiker eines industriell noch kaum entwickelten überwiegenden Rohstofflandes, der die Autarkie für sein Land fordert, denkt nur an die Selbstversorgung mit Industrieprodukten, zu der er sein Land fähig machen will. Zu diesem Zweck wird zuweilen geradezu die Heranziehung fremden Kapitals zur Gründung einer inländischen Industrie empfohlen. Auf

dem Kapitalmarkt soll also die Parole der Selbstgenügsamkeit nicht gelten; aber auch an die Aufgabe des Rohstoff- und Nahrungsmittel-Exports denkt natürlich niemand; dies wäre ja auch unmöglich, da die Zinsen der aufgenommenen fremden Kapitalien nur mit Ausfuhrwaren bezahlt werden können.

Ein ganz anderes Bild bietet der Ruf nach Autarkie im Industriestaat. Wie schon aus dieser Bezeichnung hervorgeht, ist in einem solchen Lande die Industrie nicht mehr erziehungsbedürftig; sie ist so entwickelt, dass sie nicht nur den inneren Markt versorgt, sondern darüber hinaus einen erheblichen Teil ihrer Produkte im Austausch gegen Rohstoffe ins Ausland abführt. Diesen Export aufzugeben oder auch nur wesentlich einzuschränken, schlägt kaum einer von denen vor, die für ihren Staat Autarkie verlangen. Hier ist nur an die Nahrungsmittel-Selbstversorgung gedacht, die — ohne staatliche Massnahmen — einer wachsenden Fremdversorgung Platz machen würde, da die jungen Rohstoffländer mit ihren billigen Agrarprodukten die teuer produzierende heimische Landwirtschaft zu unterbieten drohen. Wo, wie in Deutschland, die auch auf das Autarkie-Argument gestützten Forderungen der Agrarschutzzöllner Erfolg hatten, da dachte man doch nicht daran, auf dem Arbeitsmarkt dem Grundsatz der nationalen Selbstversorgung zu folgen. Während also der stark industrialisierte Staat sich auf dem Gebiete der Arbeitskräfte-Beschaffung von fremden Ländern versorgen lässt, versorgt er seinerseits mit seinem überschüssigen Kapital fremde Länder; dadurch ermöglicht er es geradezu den Rohstoffländern, sich eine eigene Industrie zu schaffen, sodass also das Industrieland mit seinem Kapitalexport selbst seine Konkurrenten grosszieht.

Die dritte Form des Autarkie-Gedankens, den man als Lösung bestimmter weltwirtschaftlicher Probleme vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaft aus vorgeschlagen hat, die Autarkie des Kolonialreichs, kann auf einer gewissen Resignation eines höchstentwickelten Industrielandes wie England beruhen, das die Gefahr, einen Absatzmarkt nach dem anderen und eine Rohstoffbezugsquelle nach der anderen verloren gehen zu sehen, dadurch bannt, dass es sich mit denjenigen Rohstoffländern, mit denen es in einem näheren politischen Verhältnis steht, zu einem sich gegenseitig ergänzenden Wirtschaftsweltreich zusammenschliesst. Aber auch die Vertreter dieses Planes wollten die Einfuhr fremder gewerblicher Rohstoffe nicht behindert wissen, sie wollten damit der englischen Industrie, die natürlich auch fernerhin ins Ausland exportieren sollte, die Entwicklungsmöglichkeit einer Ausdehnung über die Rohstoffbasis des Britischen Reiches hinaus verschaffen. Also ist auch bei dieser scheinbar so ganz auf die Abwehr eingestellten Version des Autarkie-Gedankens ein expansiver Zug zu bemerken.

Wirtschaftspolitiker, die auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung stehen, können eine Politik der Autarkie niemals ohne Vorbehalte empfehlen. Da nämlich in der kapitalistischen Verkehrswirtschaft die Produktion nicht vom Bedarfsdeckungs-, sondern vom Erwerbsprinzip beherrscht wird, da ferner die Einkommensverteilung, vor allem die Bemessung der Höhe von Lohn und Kapitalprofit, nicht in einem derartigen Verhältnis steht, dass jedem Anwachsen des Kapitals ein entsprechend grosses Anwachsen des (grösstenteils auf Lohn beruhenden) Einkommens und damit der Konsumtionskraft der breiten Massen parallel geht, diese vielmehr regelmässig hinter dem Kapitalzuwachs zurückbleibt, so kann allerdings die kapitalistische Volkswirtschaft der Absatzmöglichkeiten für die wachsende Produktion und der Anlagemöglichkeiten für das überschüssige Kapital ausserhalb der Grenzen ihres ursprünglichen Gebiets auf die Dauer nicht entraten. Die verschiedenen Typen des Autarkie-Gedankens — zuerst die industrielle Autarkie des aufstrebenden Rohstofflandes, dann die Lebensmittel-Autarkie des Industrielandes, schliesslich die Rohstoff-Autarkie des Kolonialreiches — bezeichnen nur Etappen auf dem grossen Wege der kapitalistischen Expansion.

Da sich eine irgendwie geartete Politik der Selbstversorgung häufig nicht mit rein wirtschaftlichen Erwägungen rechtfertigen lässt, spielt in der Begründung einer Autarkie-Politik das ausserwirtschaftliche Moment eine grosse Rolle. Mit dem eben angedeuteten Weg der kapitalistischen Expansion geht parallel die ideelle Begründung der Wirtschaftspolitik: Die wirtschaftliche

Unabhängigkeit wird zunächst gefordert im Namen des Staates und des obrigkeitsstaatlichen Patriotismus (Merkantilismus), dann im Namen der Nation und des nationalen Staatsbewusstseins, schliesslich im Namen des übernationalen Imperiums.

Jener innere Widerspruch, der bei der Autarkie-Politik im Rahmen des kapitalistischen Systems festzustellen war, fehlt bei den beiden anderen Versionen des Autarkie-Gedankens, die von Politikern vertreten werden, welche der kapitalistischen Wirtschaft grundsätzlich gegnerisch gegenüberstehen: beim mittelalterlich-romantischen und beim sozialistischen Typ.

Ein Kennzeichen des ersteren ist es vielfach, dass das Wirtschaftsleben nicht nach wirtschaftlichen, sondern nach ausserwirtschaftlichen, ethischen Gesichtspunkten bewertet und normiert wird. Eine tiefinnerliche Ablehnung des Erwerbsgeistes, dieser Seele des kapitalistischen Systems, durchzieht seine Gedankengänge und äussert sich oft in einer ausgesprochenen Abneigung gegen das Handelsgewerbe und die industrielle Grossunternehmung, in denen sich dieser Geist zuerst und am ausgeprägtesten zeigte, sowie in einer Vorliebe für den Kleinbetrieb in Landwirtschaft und Gewerbe, den man noch nicht von der kapitalistischen Unternehmungsweise ergriffen glaubt.

Die andere Version des nichtkapitalistischen Autarkie-Gedankens, die sozialistische, hat mit der mittelalterlich-romantischen die Ablehnung des Erwerbsprinzips und dessen Ersetzung durch das Bedarfsdeckungsprinzip gemein, ohne dass indessen die Entwicklung zum Grossbetrieb aufgehalten oder rückgängig gemacht werden soll. Obwohl die Logik der marxistischen Theorie, nach der die Arbeitsteilung zwischen Agrar- und Industriestaat nur vorübergehender Natur ist, zum Zustand einer relativen Selbstversorgung des künftigen sozialistischen Gemeinwesens hinführt, hat der Gedanke der Autarkie im Marxismus gar keine Rolle gespielt. Da der marxistische Sozialist die Verwirklichung seiner Ideen vom internationalen Zusammenschluss des Proletariats erwartete, wurde stets der Uebergang zur sozialistischen Wirtschaftsordnung in einem einzelnen Lande und damit auch der sich selbst aufdrängende Gedanke der Autarkie abgelehnt. Eine positive Rolle spielte der Gedanke der Autarkie nur im ethisch orientierten Sozialismus Platons und Fichtes sowie überall da, wo man den Gedanken der Durchführung der sozialistischen Ordnung im Rahmen der nationalen Wirtschaft, auch ohne gleichzeitigen Systemwechsel in den ausländischen Volkswirtschaften, grundsätzlich bejahte, (so z. B. beim modernen englischen Gildensozialismus „mittelalterlicher" Richtung).

Da also nur auf Grund sozialistischer oder ethisch-romantischer Gedankengänge die wirtschaftliche Autarkie eines Landes vorbehaltlos erstrebt werden kann, so ist es abzulehnen, wenn Rudolf Kjellén in der Autarkie geradezu die wirtschaftliche Individualität des modernen Staates gefunden zu haben glaubt. Für den heutigen Staat kann nicht ein Zustand das „Normale" sein, der zu dem kapitalistischen System und seiner expansiven Tendenz in einem unüberbrückbaren Gegensatz steht.